

BERND ROTHER, »Willy Brandt muss Kanzler bleiben!« Die Massenproteste gegen das Misstrauensvotum 1972

Campus Verlag | Frankfurt am Main/New York 2022 | 203 Seiten | 26,00 € | 9783593515151

»Willy Brandt muss Kanzler bleiben!«, skandierten 400.000 empörte Bürger:innen im Frühjahr 1972 auf Protestveranstaltungen. Nachdem die Oppositionsparteien CDU und CSU angekündigt hatten, mit Hilfe eines konstruktiven Misstrauensvotums den Kanzler zu stürzen und die Ratifizierung der Ostverträge durch den Deutschen Bundestag zu verhindern, formierten sich republikweit Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen. Bisher blieben diese von der zeithistorischen Forschung unberücksichtigt, während sowohl die eigentliche Abstimmung, die Vorwürfe des Stimmenkaufes als auch die anschließenden »Willy-Wahlen« hinreichend untersucht wurden.

Bernd Rother, Senior Research Fellow der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, schlägt mit seiner hier besprochenen Studie einen neuen Weg ein und widmet sich den bisher vernachlässigten Massenprotesten rund um das gescheiterte Misstrauensvotum gegen Brandt. Den Ort der Proteste von 1972 in der bundesrepublikanischen Geschichte zu bestimmen, ist neben der Rekonstruktion des Protestgeschehens das Hauptanliegen seiner durchweg lesenswerten und erkenntnisbereichernden Studie. Die Arbeit stützt sich auf die akribische und ausführliche Auswertung zahlreicher regionaler als auch überregionaler Zeitungs- und Archivbestände. Seine Hauptfrage unterteilt Rother in über ein Dutzend weiterer relevanter Forschungsfragen, die sich zusammenfassend mit der Bedeutung der Proteste für die politische Kultur der Bundesrepublik befassen. Zudem wird das Protestgeschehen in die Zeit einer starken gesellschaftlichen Polarisierung und Politisierung eingeordnet, und zuletzt nach Verallgemeinerungsfähigem und Spezifika der bundesweiten Proteste gefragt.

Zunächst skizziert Rother anschaulich den Rahmen seiner Studie und wirft in diesem Zusammenhang einen Blick auf mögliche politische Vorbilder der Proteste und Streiks von 1972, bei denen circa 400.000 Menschen in den Innenstädten und den Betrieben protestierten. Diese Größenordnung ist vergleichbar mit den Protesten im Rahmen der Kampagne »Kampf dem Atomtod« von 1958. Erst im Jahr 1983 protestierten in der Bundesrepublik mehr Menschen, und zwar gegen den NATO-Doppelbeschluss. Rother arbeitet heraus, dass politische Streiks in Deutschland keine traditionelle Handlungsform der Arbeiterbewegung darstellen. Im September 1969 kam es allerdings zu einer »bisher nicht gekannten Welle spontaner Streiks« (S. 31), die allerdings nicht von den Gewerkschaften initiiert worden waren. Bei den September-Streiks von 1969 handelte es sich zudem um ökonomische Arbeitskämpfe, die allerdings die politische Debatte maßgeblich beeinflussten. Mehrere sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen betonen, dass es bei den bisherigen Streiks zu keiner »Repolitisierung der Arbeiterschaft« (S. 33) gekommen sei. In Deutschland, betont Rother, gab es demnach für die politischen April-Streiks von 1972 keine historischen Vorbilder.

An dieses Kapitel schließen sich zwei weitere Hauptkapitel an, die die Streiks und Proteste erstmalig dokumentieren, bevor die Aktionsformen analysiert und synthetisiert werden. Als CDU/CSU 1972 ihren Antrag zum Kanzlersturz einbrachten, hatte damit »ein Blitz eingeschlagen, die Betriebe »brannten«, die Menschen strömten auf die Straßen und Plätze« (S. 51). Als die Opposition versuchte, »einen von ihnen, das Arbeiterkind, den obersten Sozialdemokraten, den höchsten Repräsentanten der Arbeiterschaft, Willy Brandt, zu stürzen« (S. 179), entlud sich der »Eigensinn« (S. 179) der Arbeiterschaft auf Basis eines übergebliebenen Klassenstolzes und verletzter Ehre. Zugleich bedeutete das Vorgehen der Opposition für die Arbeiterschaft den dritten illegitimen beziehungsweise illegalen Anlauf eines Sturzes einer sozialdemokratischen Regierung, ohne die Unterschiede zwischen den Aprilprotesten und den historischen

Referenzpunkten »Kapp-Putsch« (1920) und »Preußenschlag« (1932) hinreichend wahrzunehmen. 1972 bestand die Antwort der Arbeiterschaft aus Arbeitsniederlegungen – aber auch ein Generalstreik war bei Sieg Barzels wieder denkbar geworden. Die Proteste konzentrierten sich auf die Betriebe, in denen die Streiks als wichtigstes Mittel der Interessensartikulation aus den Belegschaften heraus selbst initiiert wurden. Rother verdeutlicht, es gebe keinerlei Hinweise dafür, dass die SPD Bundesorganisation die Streiks initiiert oder gesteuert habe. Ganz im Gegenteil: Von der Welle der Empörung zeigte sich der Parteivorstand überrascht und seine Begeisterung hielt sich in Grenzen. Die Partei und die Gewerkschaften versuchten die Belegschaften vergebens zu bremsen, indem sie an die Verfassungskonformität des oppositionellen Vorgehens erinnerten. In der SPD-Führung wurde auch die Verfassungswidrigkeit eines Erzwingungsstreikes (s.u.) nicht angezweifelt. Auf der anderen Seite wollte die Parteiführung durch konsequentes Abraten keine Unterstützer:innen und Wähler:innen verlieren, gerade auch vor dem Hintergrund der aktiven Rollen einiger lokaler Sozialdemokrat:innen bei der Streikorganisation. Daher entschied man sich im Ollenhauer-Haus für den Weg, spontane Solidaritätsbekundungen nicht zu unterbinden, sie aber auch nicht extra forcieren zu wollen. Doch die Basis wollte aktiv werden. In dieser Situation blickte die abratende SPD-Parteiführung mit kritischem Blick auf die Aktivitäten der DKP in den Betrieben, die Aktionsgemeinschaften mit sozialdemokratischen und gewerkschaftsnahen Arbeitnehmer:innen planten, um die Ostpolitik, das »Prestigeprojekt« (S. 53), nicht nur für die bundesdeutsche Regierung, sondern auch für die kommunistischen Parteien in den Staaten des Ostblocks zu sichern. Aus dieser erwachsenen Konkurrenzsituation vor Ort in den Betrieben wurde zum Beispiel in Stuttgart seitens der lokalen SPD, der Gewerkschaften und der FDP eine Kundgebung einberufen. Auch Demonstrationen und Kundgebungen lassen sich, so zeigt Rother, nicht auf bundesweite Aufrufe der Partei- und Gewerkschaftszentralen zurückführen. Die Appelle und Zurückhaltung der SPD störten wider Erwarten allerdings nicht das Verhältnis zwischen Industriearbeiterschaft und Partei. Ihre Beziehung konnte stattdessen gestärkt werden und erreichte einen neuen Höhepunkt. CDU und CSU hatten durch ihr Vorgehen das Gegenteil des Gewollten erreicht. Ein Überhöhungsprozess hinsichtlich der Person Brandt entwickelte sich fort. Wichtigste Träger der Streiks waren Industriearbeiter:innen – insbesondere aus der Metallindustrie (in einer weiteren Definition). Auch Student:innen und Schüler:innen organisierten im Übrigen Protestaktionen, blieben jedoch weit hinter den Protesten der Industriearbeiter:innen zurück. Ihre führende Rolle unterstreichen auch die zahlreichen Proteste im Ruhrgebiet, die »alles andere in den Schatten« (S. 178) stellten, obgleich in der Bergbauindustrie kaum Streikaktivitäten zu vernehmen waren. Die IG Bergbau, die im DGB als konservative Gewerkschaft galt, lehnte sowohl Erzwingungs- als auch Demonstrationsstreiks ab. Die IG Metall hingegen trug Demonstrationsstreiks mit. Während in NRW zahlreich gestreikt wurde, kam es im benachbarten Rheinland-Pfalz zu keinem einzigen Streik pro Brandt. Von diesem Befund ausgehend widmete sich Rother dem Zusammenhang zwischen der Intensität der Proteste und der Parteistärke. Die Grenzen seiner Überlegungen sind dem Autor dabei stets bewusst, wenn er die vor Ort »gut verankerte Sozialdemokratie und auch ebenso starke Gewerkschaften« (S. 115) als wichtige, aber nicht hinreichende Erklärung für die Ungleichverteilungen der Streiks und Protestaktionen klassifiziert.

Rother ordnete die Aprilproteste als »letzte politische Bewegung in der deutschen Geschichte, die von der Arbeiterschaft [...] getragen wurde« (S. 178), ein. Sie habe sich 1972 mit einer »Gala-Vorstellung« (S. 178) verabschiedet. Bei nachfolgenden Protesten sei es nicht mehr um »Politik im engeren Sinne« (S. 178) gegangen. Bei den an der Umwelt- und Friedensbewegung teilnehmenden Arbeiter:innen handelten ebendiese als »Bürger allgemein« (S. 178). Mit Blick auf die Spontanität sowie das Ignorieren von Empfehlungen der SPD- und Gewerkschaftszentralen stellten die Aprilproteste jedoch keine Abschiedsvorstellung dar, unterstreicht Rother. Ähnlich wie der Außerparlamentarischen Opposition spricht er den Aprilprotesten eine Scharnierfunktion »zwischen einer ›formierten‹ und einer aktivistischen, mündigen Gesellschaft« (S. 178) zu. Für die Zeit seit 1967 ist von der Forschung häufig ein Generationskonflikt attestiert worden, den Rother jedoch für die Aprilproteste von 1972 nicht bestätigen kann. Vielmehr eigneten sich ältere Jahrgänge neuere Protestformen an, die ab 1967 in die politische Kultur der Bundesrepublik integriert wurden.

Wie ein roter Faden zieht sich die streikrechtliche Einordnung der April-Aktionen zwischen Erzwingungs- und Demonstrationstreik durch Rother's Studie. Er argumentiert gegen eine Einordnung als Erzwingungstreik, der erst nach Rücktritt Barzels vom Kanzleramt oder Scheitern des Antrages geendet wäre, sondern spricht sich für einen Demonstrationstreik aus. Keiner der Proteste war von Beginn an auf einen längeren Zeitraum ausgelegt. Es galt lediglich, ein Signal zu setzen. Dazu benötigte es keine Organisationsstrukturen und Führungsfiguren. Am Tag des Misstrauensvotums selbst erlebte die noch junge parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik ihre »größte Belastungsprobe« (S. 180). Bei Erfolg des CDU/CSU-Antrages wäre, laut Rother, die Republik in eine »Legitimationskrise« (S. 180) geraten, in der zahllose Streiks mit Rufen nach Neuwahlen entstanden wären. Ein Generalstreik wäre wohl nicht zustande gekommen, da die Arbeiterbewegung nicht geschlossen hinter der Streikidee stand.

Dass das Misstrauensvotum im Endeffekt scheiterte, stehe in keinem Zusammenhang mit den Aprilprotesten, sondern mit dem »paradoxen Befund« (S. 180), dass die DDR die Geldtransfers an Bundestagsabgeordnete zwecks Stimmenkaufes initiierte: Ein Sturz des Kanzlers lag nicht im Staatsinteresse der DDR und der Sowjetunion. Als ebenso paradox erschien Rother der Befund, dass die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik durch das Misstrauensvotum gestärkt wurde. Nach dem letztlich erfolglosen Antrag der Oppositionsparteien kam es zu keinen weiteren Aktionen. Unter dem Eindruck des nicht existenten Bekanntheitsgrades der Bestechungen galt der Triumph Brandts und seiner Regierung gar als Sieg des freien Mandats. Auch die hohe Wahlbeteiligung bei den »Willy-Wahlen« im November 1972 von 91 Prozent unterstreicht die Stärkung der parlamentarischen Demokratie.

Abschließend wirft Bernd Rother die berechtigte Frage auf, warum die Aprilproteste gegen das konstruktive Misstrauensvotum in der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur einen vergleichsweise geringen Stellenwert einnehmen, obwohl ein Erfolg der CDU/CSU eine wohl viel größere Protestwelle sowie ein Verhindern beziehungsweise Bremsen der Ostpolitik bedeutet hätte. Rother beantwortet die Frage mit vier stichhaltigen Argumenten. *Erstens*: Mit dem Misstrauensvotum verbinden sowohl die Öffentlichkeit als auch die Forschung zunächst die Schlagworte Bestechung und Stimmenkauf, da sie den »Reiz des Verruchten und Kriminellen« (S. 182) besitzen. *Zweitens* begreift Rother die Aprilproteste als eine »gesellschaftliche Bewegung, die ihre eigene Kraft und ihr eigenes Ausmaß unterschätzte« (S. 183). Bekanntermaßen scheiterten die Unionsparteien in ihrem Vorgehen, sodass sich keine weitere Notwendigkeit einer Vergemeinschaftung ergab. *Drittens* fanden die Aprilproteste wegen des Wahlsieges vom 19. November 1972, bei dem die SPD ihr bisher bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen erzielte, wenig Beachtung. Darüber hinaus beabsichtigten – *viertens* – weder Gewerkschaften noch SPD, die Proteste in das kollektive Gedächtnis ihrer Mitgliederschaft zu etablieren, da sie die Proteste im Frühjahr 1972 aus verfassungsrechtlicher Perspektive problematisiert und von einer bewussten Forcierung abgeraten hatten. Auf der anderen Seite wurden die Erinnerungen an Proteste im Frühherbst wiederbelebt, um die Anhängerschaft zur Wahl zu mobilisieren.

Bernd Rother ist eine äußerst lesenswerte Studie zu einem Thema geglückt, das bisher in der Forschungslandschaft vernachlässigt wurde. Er argumentiert durchweg stringent und ist sich den Grenzen seiner Thesen stets bewusst. Besonders hervorzuheben ist die akribische Quellenarbeit in zahlreichen Archiven und Zeitungsbeständen, deren Erkenntnisse nun weiterhin für Arbeiten der Protest- und Streikforschung, aber auch für die Parteiengeschichte nutzbar gemacht werden sollten. Insbesondere die regionalgeschichtlichen Zusammenstellungen und Analysen werden die historisch-politische Bildungsarbeit in vielen Regionen bereichern und weiterführende (regionalgeschichtliche) Arbeiten motivieren.

PATRICK BÖHM, Bochum

Zitierempfehlung

Patrick Böhm: Rezension von: Bernd Rother, »Willy Brandt muss Kanzler bleiben!« Die Massenproteste gegen das Misstrauensvotum 1972, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 63, 2023, URL: <<https://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81961>> [26.7.2023].

